

## Sozialabbau betrieblich und öffentlich bekämpfen

# Heißer Winter nach schlappem Sommer?!

Darf es noch ein bißchen mehr sein? Mit dieser Frage scheinen Regierung und konservative Opposition miteinander zu „konkurrieren“. Hier bei den Arbeitslosen eine Leistung streichen, dort die Sozialhilfeempfänger weiter schröpfen, hier den Kranken die Zuzahlung erhöhen, dort die medizinischen Leistungen verringern. Solche Maßnahmen werden angeblich immer zum Wohl der Beschäftigten, Erwerbslosen und Patienten umgesetzt. Und selbstverständlich soll sich dadurch die „Qualität“ der sozialen Sicherungssysteme verbessern.

Wer's glaubt, wird selig. Die Wirklichkeit sieht nämlich wesentlich anders aus, als die Agenda- und Reform-Politiker von

medizinische Leistungen treffen nicht die besser und am besten Betuchten, sondern die schlecht oder schlechter Verdienenden unverhältnismäßig hart. Das gilt auch für die Streichung der Zuschüsse für Zahnersatz. Die ambulante und stationäre Behandlung einer Krankheit oder die Bereitstellung von Hilfsmitteln ist eigentlich für jeden Patienten gleich aufwendig, einerlei ob er monatlich über ein Nettoein-

kommen von 1.000 oder 100.000 Euro verfügt.

Angesichts dieser und weiterer rigoroser Programme zum Abbau von Sozialleistungen kann es eigentlich nicht verwundern, daß in den Köpfen mancher Politiker wie dem niedersächsischen Ministerpräsidenten Sigmar Gabriel auch Pläne

*Fortsetzung auf Seite 4*

## Staatliche Sparwut und Luxusausgaben



schwarz-gelber Opposition und „rot“-grüner Bundesregierung in der Öffentlichkeit und in den Medien darstellen:

Jedes Mehr an privater Beteiligung der Beschäftigten an der Sozialversicherung entlastet vor allem die Unternehmen. Seit Jahren fordern sie eine teilweise oder völlige „Privatisierung“ der Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung, damit sie sich aus der schon lange von ihnen bekämpften Parität verabschieden können.

Alle Zuzahlungen für Medikamente und

In den Medien hört man nur noch eine Losung: „Wir müssen sparen“. Und alle Parteien legen einen Katalog von Sparvorschlägen vor, die sich gegen die arbeitenden Menschen, Erwerbslosen und Rentner richten. Sparpläne, die auch Tausende Arbeitsplätze kosten.

Nach der Gesundheitsreform gibt es nun auch den ersten konkreten Sparplan gegen die Rentner. Dieser sieht unter anderem so aus: Für das Jahr 2004 gibt es keine Rentenerhöhung, was 2005 kommt, weiß man noch nicht. Bei der Pflegeversicherung müssen die Rentner den vollen Beitrag bezahlen. Auch die Zuzahlung für Medikamente wird höher. Für Arztbesuche müssen für jedes Quartal 10 Euro bezahlt werden. Alles in allem bedeutet dies, daß die Rentner im Monat rund 20 Euro weniger erhalten.

Gewiß gibt es Rentner, die das verkraften können. Aber die meisten – vor allem die Frauen – haben eine Rente, die unter tausend Euro liegt. Für sie ist der

Abzug ein schmerzhafter Verlust.

Noch keine Regierung hat so brutale Sparmaßnahmen gegen die Rentner beschlossen wie diese. Und wie die Renten in Zukunft aussehen werden, liegt auch noch im Nebel.

Doch nicht nur die Bundesregierung, auch der hessische Ministerpräsident Koch hat sich beim Sparen besonders hervorgetan. Über tausend Lehrer sollen „eingespart“ werden. Alle bei Landesämtern Beschäftigten sollen länger arbeiten, aber ein geringeres Weihnachts- und Urlaubsgeld erhalten. Viele Kindergärten sollen geschlossen werden, Pflegekräfte werden massenhaft entlassen.

Gleichzeitig will Ministerpräsident Koch für seine Staatskanzlei die teuersten Möbel bestellen. Bei den Luxusausgaben fällt kein Wort vom Sparen. Gegen diese Sparwut haben Gewerkschaften, Kirchen, Sozialverbände zu Protesten aufgerufen. Jeder sollte sich daran beteiligen.

**Fritz Hamm**

# Namenspatron Rudolf – Dietz?

## Wir empfehlen Philipp Keim!

Alle Jahre wieder erregt die Benennung der Rudolf-Dietz-Schule in Naurod die Gemüter. Die aktuelle Debatte hat nun schon die überregionale Presse erreicht und sogar ARD Monitor berichtete kritisch dazu. Rudolf Dietz (1863–1942), in Naurod geboren, war Lehrer und hat über 1000 Gedichte in nassauischer Mundart verfasst. Einige davon sind antisemitischen Inhalts. Juden werden von Rudolf Dietz durchweg als dumm, verlogen, hässlich, schmutzig, verlaust, geldgierig und diebisch dargestellt. Um das festzustellen braucht es keinen Gutachter, wie von der CDU gefordert, es kann von jedem überprüft werden, der lesen kann. Höhepunkt der Debatte sind die Äußerungen des CDU-Fraktionsvorsitzenden Lorenz, der den Mitarbeiter/innen des Stadtarchivs unterstellte "fachlich und charakterlich ungeeignet" zu sein, Recherchen über Dietz anzustellen. Diese hatten im Werk Dietzens die antisemitischen Passagen hervorgehoben und seine Mitgliedschaft in NS-Organisationen publik gemacht. Dass er nach neunjährigem Ruhestand noch in den NS-Lehrerbund eintrat, widerlegt die These vom "Mitläufer". Dietz begrüßte die Errichtung des "3. Reiches" 1933 in seinem "Reichslied", nachdem er in mehreren kleinen Gedichten seine Verachtung gegenüber der Weimarer Republik ausdrückte.

Die DKP schließt sich der Forderung an, die Rudolf-Dietz-Schule umzubenennen, da Dietz weder politisch noch in seinem "Werk" ein Vorbild darstellt. Darüber hinaus wären aber auch die nach den Militaristen Blücher und Ludwig Beck und die nach dem Altnazi Ludwig Erhard benannten Schulen umzubenennen.

Im Fall Naurod schlagen wir den Namen "Phillip Keim" für die Grundschule vor. Philipp Keim (1804–1884) erblindete in seiner Lehrzeit als Küfer im Biebricher Schloß infolge einer Erkrankung. Der Herzog von Nassau schenkte ihm eine Drehorgel und erlaubte ihm durch

eine Urkunde ungehindert im ganzen Herzogtum Nassau zu musizieren. Anfangs Modelieder singend, entwickelte sich Philipp Keim zum Zeitungssänger,

Strieklied (Streiklied) zur Verehrung der Arbeiterklaß in alle Werkstätten der Gesellen" (Wiesbaden 1873)

Den politischen Unterschied des "Keime-Philipp" zu Rudolf Dietz zeigt besonders das "Neue Lied von Philipp Keim aus Diedenbergen als Vertheidiger des Juden Itzig" (1859), in dem er einen jüdischen Händler gegen antisemitische Ressentiments verteidigt.

Keim kam wie Dietz aus einem Lehrer-Elternhaus. Sein Lebenslauf, in dem er es zu keinem Wohlstand bringen konnte, war eng mit der Lage der arbeitenden Bevölkerung verbunden, zu der er sich auch immer zugehörig fühlte. Er bezog auch keine Pension oder Rente, weshalb er 1884 völlig verarmt starb.

Philipp Keim war zu seiner Zeit in ganz Nassau bekannt. Heute wird die Erinnerung an ihn nur noch in seinem Heimatort Diedenbergen wachgehalten. Eine weitere Ehrung dieses einfachen Menschen wäre angebracht. Doch in Naurod haben sich die Fronten verhärtet, da die alteingesessenen Nauroder die Angriffe auf die Person Dietz als Angriffe auf sich selbst sehen. Das ist u.a. eine Folge der Tatsache, dass auch in Naurod die Geschichte nie richtig "aufgearbeitet", sondern meist beschönigt wurde.

In Naurod gibt es nicht mehr Nazis als woanders, aber die Neigung zur Verharmlosung ist stark ausgeprägt. So ist es über 60 Jahre kein Thema gewesen, dass ein aus Nadelbäumen in den Laubwald über Naurod gepflanztes Hakenkreuz, ca. 500 x 500 m groß, existiert. Das war halt so, und dass man damals "Judenwitze" erzählte und über die Juden her zog, das war halt damals auch so. Und

wenn selbst der "große" Rudolf Dietz dabei mitgemacht hat, dann kann es ja nicht so schlimm gewesen sein. Es wird höchste Zeit, mit der Verharmlosung aufzuhören, zumal es wie man sieht, lokale Persönlichkeiten gibt, die eine Erinnerung wirklich wert sind.

**Klaus Weidner**

### Eine Frage

Da stehn die Werkmeister - Mann für Mann.  
Der Direktor spricht und sieht sie an:  
„Was heißt hier Gewerkschaft!  
Was heißt hier Beschwerden!  
Es muß viel mehr gearbeitet werden!  
Produktionssteigerung! Daß die Räder sich drehn!“  
Eine einzige kleine Frage:  
Für wen?

Ihr sagt: Die Maschinen müssen laufen.  
Wer soll sich eure Ware denn kaufen?  
Eure Angestellten? Denen habt ihr bis jetzt  
das Gehalt wo ihr konntet heruntergesetzt.  
Und die Waren sind im Süden und Norden  
deshalb auch nicht billiger geworden  
Und immer sollen die Räder sich drehn ...  
Für wen?

Für wen die Plakate und die Reklamen?  
Für wen die Autos und Bilderrahmen?  
Für wen die Krawatten? Die gläsernen Schalen?  
Eure Arbeiter können das nicht bezahlen.  
Etwa die der andern? Für solche Fälle  
habt ihr doch eure Trusts und Kartelle!  
Ihr sagt: Die Wirtschaft müsse bestehn.  
Eine schöne Wirtschaft!  
Für wen? Für wen?

Das laufende Band das sich weiterschiebt  
liefert Waren für Kunden die es nicht gibt.  
Ihr habt durch Entlassung und Lohnabzug sacht  
eure eigene Kundschaft kaputt gemacht.  
Denn Deutschland besteht - Millionäre sind selten -  
aus Arbeitern und Angestellten!  
Und eure Bilanz zeigt mit einem Male  
einen Saldo mortale.

Während Millionen stempeln gehn.  
Die wissen für wen.

*Kurt Tucholsky (1931)*

der die neusten Nachrichten in einfache Reime kleidete und diese mit der Drehorgel vortrug. Bald erwarb er sich einen legendären Ruf und war immer in kurzer Zeit von aufmerksamen Zuhörern umringt. Heute sind noch etwa 100 Liednachrichten erhalten, darunter "Das allerneueste Lied vom Bierkrawall" (Ffm 1873) oder das "Neue

# 30 Jahre nach dem Putsch in Chile

„Wie oft hat man sie schon totgesagt, doch hier im Innern des Landes da leben sie noch“, warnte der Dichter und Sänger Franz-Josef Degenhardt vor dem alltäglichen Rassismus und Faschismus in der Gesellschaftsmittle, wie er sich nach 1945 personell und ideologisch in die BRD gerettet hatte. Das galt hierzu-land fünfunddreißig Jahre nach der Machtübertragung an die Nazis genauso wie es drei Jahrzehnte nach dem Militärputsch gegen die Regierung Salvador Allendes heute auf Chile zutrifft. Vielleicht kann es kaum anders sein, wenn eine faschistische Macht nicht durch die arbeitenden Menschen davongejagt, sondern von außen (Hitler-Deutschland) beseitigt oder von den Regierenden selbst (Pinochet-Chile) „aufgehoben“ wird.

Vierzehn Jahre nach dem Ende der chilenischen Militärdiktatur leben dort die Mörder von 3.500 politisch Andersdenkenden, die Folterer von 600.000 Mißliebigen und die Vertreiber von mehr als einer Million Unangepaßten weitestgehend unbehelligt von Justiz und offizieller Politik. Noch ist es weder im Lande des Dichters Pablo Neruda noch international gelungen, den Putschisten „wenigstens vor der Geschichte eine moralische Lektion zu erteilen“. Das hatte der demokratisch gewählte Präsident Salvador Allende in einer seiner letzten Ansprachen am 11. September 1973 gefordert und vor den anrückenden Militärs nicht kapituliert.

Richtig ist, die Regierung des Wahlbündnisses aus Christen, Linksliberalen, Sozialdemokraten, Sozialisten und Kommunisten hatte die reaktionäre Elite des Landes arg herausgefordert. Sie ignorierte die bürgerliche Version des „Subsidiaritätsprinzips“, erkannte den drängenden „Reformstau“ in Chile und handelte: Den einheimischen Latifundienbesitzern gehörten fortan nicht mehr 80 Prozent des Acker- und Weidelandes. Banken, Textil- und Zelluloseindustrie, Eisenerz- und Salpetergruben, Kupfer- und Kohle-

bergwerke sowie Zementfabriken übernahm nun der Staat. Und auch das vom US-amerikanischen Konzern ITT betriebene Telefonnetz wurde von privater Verfügungsgewalt entkoppelt.

Damals lebten in Lateinamerika mehr als 140 Millionen Analphabeten, 17 Millionen Erwerbslose und 60 Millionen lediglich Teilzeitbeschäftigte. 53 Prozent der Bevölkerung dieser Region galt als unterernährt. Demgegenüber erhielt durch die Regierung Allende jedes chilenische Kind täglich kostenlos einen halben Liter Milch. Und zinsgünstige Kredite ermöglichten ein Beschäftigungsprogramm, wodurch die Arbeitslosenrate von 8,2 auf 3 Prozent verringert werden konnte. Das Geld besorgte sich der jetzt demokratische Staat beispielsweise vom Kupferbergbau, aus dem US-Konzerne wie Braden Company und Anaconda bislang täglich 1,5 Millionen US-Dollar außer Landes geschafft hatten.

Die Reformen der Regierung Allende hätten natürlich auch für andere Länder – nicht nur Lateinamerikas – richtungweisend sein können. Da sei Gott vor, mögen die faschistischen Militärs und auch die Christdemokraten gedacht haben. Die einen putschten am 11. September 1973 mit General Augusto Pinochet an der Spitze, die anderen verrieten den von ihnen gewählten Präsidenten und klatschten wollüstig Beifall wie ihr Parteivorsitzender Patricio Aylwin. Schon vorher hatte der US-amerikanische Geheimdienst CIA im Sinne des 18-Punkte-Programms von ITT vom Oktober 1971 mit dem Ziel in Chile operiert, „daß Allende die nächsten sechs Monate nicht übersteht“. Die CIA finanzierte Lastwagenbesitzer, Ladeninhaber und andere Organisationen; im Oktober 1972 legte ein

26-tägiger Streik von 40.000 LKWs stillstanden und damit das 4.330 Kilometer lange Land lahm.

Wer als „Strippenzieher“ fungierte, stellte sich erst später heraus. Ob und wie sich die CIA achtundzwanzig Jahre später am Attentat auf das World Trade Center in New York beteiligte, wird vielleicht in fernerer Zukunft ebenso bekannt werden. Und ähnlich wie weltweit reaktionäre und konservative Politiker 1973 das gewaltsame Eliminieren des „sozialistischen Experiments“ in Chile begrüßten, erklärten nach dem 11. September 2001 zahlreiche Regierungen von Berlin bis Mexiko den USA ihre bedingungslose Unterstützung im Kampf gegen den „Terrorismus“ – allerdings nicht den der CIA, sondern jenen der von den USA in früheren Jahren militärisch aufgepäppelten und gedungenen Söldner in Afghanistan und Irak.

Wer also in diesem Jahr in erster Linie des 30. Jahrestages des faschistischen Putsches in Chile gedenkt, vergißt deshalb nicht zwangsläufig die Opfer des 11. September 2001 in den USA. Doch im Gegensatz zu diesen sind die meisten Verfolgten der Pinochet-Diktatur bis heute noch nicht entschädigt. Und

auch die Ermordeten, politischen Gefangenen und Exilierten wurden nicht rehabilitiert. Die chilenischen Gewerkschaften kämpfen weiterhin um minimale Mitbestimmung, Koalitionsfreiheit und Tarifautonomie wie linke Parteien und Organisationen um die Gewährleistung demokratischer Rechte und Freizügigkeit. „Soziale Veränderungen können weder durch Mord noch durch Gewalt aufgehoben werden“, erklärte Salvador Allende am 11. September 1973. Auf lange Sicht mag er richtig gelegen haben. Allerdings zeigt sich im heutigen Chile, wie tief und nachhaltig der Putsch die politischen und sozialen Verhältnisse erschütterte. Dies muß auch die einst breite internationale Solidaritätsbewegung als eine enorme Herausforderung begreifen.

**Horst Gobrecht**



Fortsetzung von Seite 1

reifen, alle jungen Menschen zu einem Arbeitsdienst zu verpflichten. Gleiche Forderungen werden seit Jahren mit Blick auf die Langzeitarbeitslosen erhoben. Derart billige Arbeitskräfte werden die Kassen der „notleidenden“ Wirtschaft schon wieder klingeln lassen.

Aus ähnlichen Erwägungen möchten Unternehmer, Bundesregierung, CDU/CSU und FDP auch bei den Tarifverträgen einen großen „Schnitt“ machen. Mit dem Versprechen nach mehr „Freiheit“ für die Betriebsräte soll deren leichtere Erpreßbarkeit bei drohender Standortverlagerung oder -schließung für ein allgemeines Absenken der tariflichen Löhne, Gehälter und Sozialleistungen genutzt und – ganz nebenbei – der Einfluß der Gewerkschaften in den Betrieben zurückgedrängt oder

ausgeschaltet werden.

Den Gewerkschaften wird die „Wahl“ gegeben: entweder sie vereinbaren „freiwillig“ eine generelle Öffnung der Tarifverträge oder diese werden per Gesetz zwangsweise geöffnet. Das jedenfalls hat Bundeskanzler Gerhard Schröder bereits im März dieses Jahres angekündigt und folgte damit den langjährigen Zielen der mit ihm befreundeten Bosse. Für dieses Vorhaben wird ihm die Mehrheit im Bundestag nicht fehlen. Denn eines ist sicher: bei solchen Schweinereien steht die große Koalition wie eine Eins. Auch die Entscheidung darüber kann schon morgen auf die politische Tagesordnung gesetzt werden.

Die Zeit drängt also, den Widerstand gegen diese großangelegte Offensive auf die sozialstaatlich und tariflich abgesicherten Lebensbedingungen der Beschäftig-

ten, Erwerbslosen und Rentner zu organisieren. Die Demonstration am 18. November in Wiesbaden war ein eindrucksvoller Auftakt. Doch darf der Protest sich nicht auf die Pläne der hessischen Landesregierung beschränken, sondern hat auch die Schröder-Fischer-Koalition „aufs Korn“ zu nehmen.

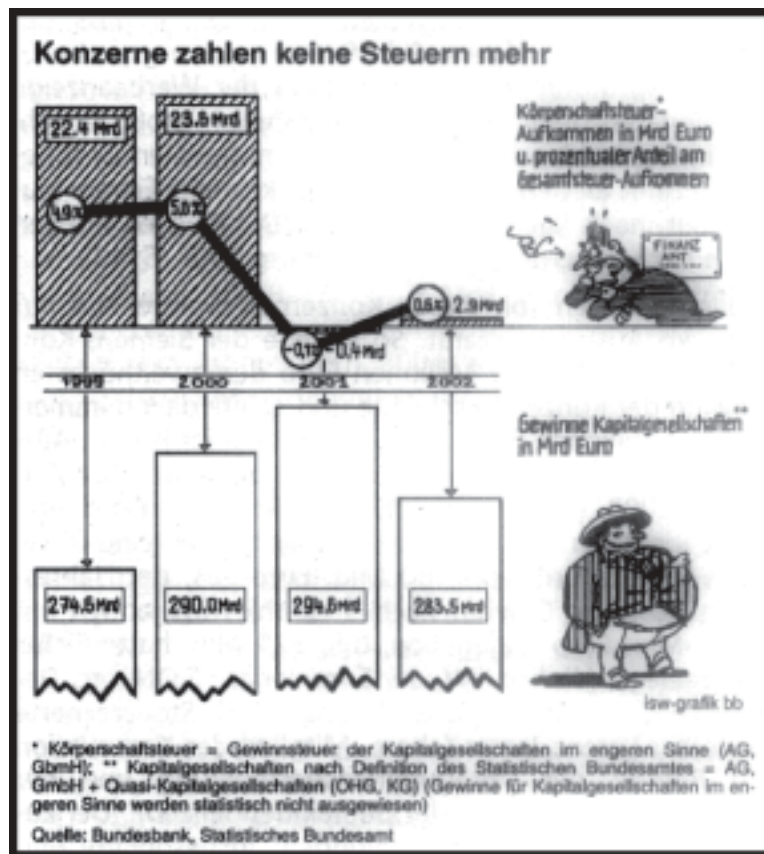
Da muß schon noch etwas mehr Druck auf den Kessel, wenn es anständig pfeifen soll. Dafür können sich die Gewerkschaften mit guten Aussichten auf Erfolg einsetzen, wenn der politische Wille vorhanden und die Unterstützung aus den Betrieben sicher ist. Die Beschäftigten sollten ihre Organisationen und gewählten Funktionäre dabei nicht aus der Pflicht entlassen. Nach dem schlappen Sommer muß jetzt ein heißer Winter kommen!

**Horst Gobrecht**

## Vorgestellt: Das ISW

Das isw (institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung münchen e.v.) ist ein von Gewerkschaftern gegründetes Wirtschaftsinstitut. Es bringt jährlich mehrere Reports (z. Z. Nr. 55), Wirtschaftsinfos und einen Grafikdienst heraus. Es ist ein Institut, was gegen die allgemein vorherrschende öffentliche Meinung (Neoliberalismus) auftritt. Es gibt jedem Leser Hintergrundinformationen, Fakten und Einsichten aus der Perspektive der Gewerkschaften. Die Publikationen sind für alle interessant, besonders jene, die die herrschende Ansicht etwas genauer unter die Lupe nehmen wollen.

Nebenstehend eine Grafik aus dem ISW-Report Nr. 55: Staat- Steuern-Daseinsvorsorge zum Steueraufkommen der Unternehmen:



Kontakt Daten:

ISW e. V.  
Johann-von-Werth-Str. 3  
80639 München  
Tel.: 089/130 041  
Fax: 089/168 9415  
Email:  
isw\_muenchen@t-online.de  
Internet:  
<http://www.isw-muenchen.de>

Im Internet gibt es die komplette (herunterladbare) Liste der verfügbaren Veröffentlichungen. Jede Veröffentlichung kostet zwischen 2 und 5 EURO Schutzgebühr und Porto. Es können aber auch Abos ab 1,50 EURO pro Monat abgeschlossen werden.

Fragen??? Schreiben Sie an uns (Adresse siehe unten) und teilen Sie uns Ihre Fragen mit - wir beantworten Sie gern. Im Infoladen Werderstraße 8 liegen auch einige Titel zur Einsichtnahme aus!

**Andreas Bartl**

**UZ unsere zeit**  
Zeitung der DKP

**Probelesen?!**

CommPress Verlag, Hoffungsstraße 18, 45127 Essen, Telefon 0201/2486482, Fax 0201/202467.  
Oder: <http://unsere-zeit.de>

**Standpunkt** - Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP)  
Kreis Wiesbaden, Werderstraße 8, 65195 Wiesbaden.  
Verantwortlich für den Inhalt: Fritz Hamm

Treffen der DKP Wiesbaden: jede ungerade Kalenderwoche donnerstags um 19.30 Uhr im Infoladen Linker Projekte, Werderstraße 8, Wiesbaden.

DKP Hessen im Internet: <http://www.dkp-hessen.de>